Stiftung Marktwirtschaft

Die **Stiftung Marktwirtschaft** ist eine neoliberale Denkfabrik, die 1995 aus der Vereinigung des *Frankfurter Institut für wirtschaftspolitische Forschung* mit dem *Kronberger Kreis* hervorging. Sie ist Mitglied des Stockholm Network.

Stiftung Marktwirtschaft	
Rechtsform	Stiftung
Tätigkeitsbereich	Politikberatung
Gründungsdatum	1982
Hauptsitz	Berlin
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	http://www.stiftung-marktwirtschaft.de/

Unter dem Schlagwort „Mehr Mut zum Markt“ berät die Stiftung über Publikationen, Studien und parteiische Expertenrunden Entscheidungsträger in Politik und Wirtschaft sowie Multiplikatoren in Medien und Publizistik.[1] Ihre Forderungen nach Deregulierung des Arbeitsmarktes, einer stärkeren privaten Vorsorge bei Rente, Pflege und Krankenversicherung, einer Senkung der Unternehmenssteuern, einer Wiedereinführung von Studiengebühren und der Ablehnung eines Mindestlohns entsprechen weitgehend den Positionen der Arbeitgeberverbände. Die Leitungsgremien der Stiftung werden von Unternehmern, Managern und Wirtschaftsverbänden dominiert. Der Kuratoriumsvorsitzende, Nikolaus Schweickart, und das Vorstandsmitglied Bernd Raffelhüschen gehören dem Arbeitgeber-Netzwerk Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) an. Eine beachtliche Zahl von Mitgliedern ist dem Wirtschaftsflügel der CDU zuzurechnen.

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss 2
1.1 Kronberger Kreis 2
1.2 Kommission Steuergesetzbuch 3
2 Organisationsstruktur und Personal 4
2.1 Vorstand 4
2.2 Kuratorium 5
2.3 Stiftungsrat 6
2.4 Kronberger Kreis 6
2.5 Kommission „Steuergesetzbuch“ 7
2.5.1 Lenkungsgruppe 7
2.5.2 Politischer Beirat 8
2.5.3 Beziehungen zum Institut Finanzen und Steuern 9
3 Finanzen 9
4 Kurzdarstellung und Geschichte 9
5 Weiterführende Informationen 10
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus 10
7 Einzelnachweise 10

Lobbystrategien und Einfluss

Die Mitglieder der Stiftung rekrutieren sich aus Eliten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik. Als Ziel wird die Beeinflussung von Politik und Öffentlichkeit im Sinne der von der Stiftung vertretenen politischen Vorstellungen angegeben. Regelmäßig werden wissenschaftliche Publikationen an Hochschulen und Instituten finanziert und veröffentlicht. Gute Kontakte pflegt die Stiftung außerdem zu den Medien. Konferenzen, auf denen der Kontakt zu politischen Entscheidungsträgern gesucht wird, werden meist von einflussreichen Journalisten moderiert und begleitet. In den letzten Jahren wurden dafür besonders oft der Herausgeber der *Zeit*, Josef Joffe, sowie Journalisten der *WELT-Gruppe* und der *FAZ* engagiert. Gute Kontakte gibt es auch zur *Wirtschaftswoche*. Von der Stiftung finanzierte Studien finden nicht nur in den jeweiligen wissenschaftlichen Fachbereichen Gehör, sondern werden zudem regelmäßig in Medienbeiträgen erwähnt - und erreichen so eine breite Öffentlichkeit. So erreicht die Stiftung Marktwirtschaft eine hohe Vernetzung mit Entscheidungsträgern in Parlamenten, Hochschulen und Redaktionen und stellt sicher, dass ihre Positionen im öffentlichen Diskurs Beachtung finden. Die *FAZ-Sonntagszeitung* z.B. veröffentlichte vor den Bundestagswahlen 2013 exklusiv eine programmatische Stellungnahme des Kronberger Kreises, die sich gegen Steuererhöhungen zur Bekämpfung wachsender Ungleichheit und für eine Konsolidierung der öffentlichen Haushalte aussprach.

Die Stiftung hat es geschafft, in zahlreichen Beratungsgremien der Bundesregierung präsent zu sein. Ein Schwerpunkt ist der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (die sog. "Wirtschaftsweisen"). Die folgenden Professoren des „Kronberger Kreises“ waren/sind auch Mitglieder im SVR: Wolfram Engels, Gerhard Fels, Armin Gutowski, Otmar Issing, Olav Sievert, Juergen B. Donges, Wolfgang Franz, Lars P. Feld, Volker Wieland.

Weitere Institutionen, in denen ihre Mitglieder präsent sind/waren, sind die Deutsche Bundesbank, Wissenschaftliche Beiräte bei Ministerien (insbesondere Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen), die Monopolkommission und die Deregulierungskommission.[2]

Seit Beginn der Eurokrise schwingt sich die Stiftung zur Prüfinstanz finanzpolitischer Solidität auf und prägte den Begriff des "ehrbaren Staates", der gleich eines "ehrbaren Kaufmanns" sparsam wirtschaften soll.[3] So veröffentlicht die Stiftung jährlich das "EU-Nachhaltigkeitsranking", um über die Höhe der europäischen Staatsschulden zu informieren.[4] Mit ihrem Ruf nach "Sparpolitik" und Schuldenbremse bildet sie einen zentralen Eckpfeiler der deutschen Austeritätslobby.

Kronberger Kreis

Als wissenschaftlicher Beirat der Stiftung wirbt der Kronberger Kreis mit Publikationen zum Steuerrecht sowie zur Arbeitsmarkt-, Sozial-, Wirtschafts- und Haushaltspolitik für neoliberale Reformen. Nach eigener Einschätzung haben zahlreiche Elemente seiner Vorschläge zur Unternehmensbesteuerung, sozialen

Sicherheit, Arbeitsmarkt oder öffentlichen Verwaltung Eingang in die Gesetzgebung gefunden. Bereits 1986 trat der Kronberger Kreis mit einem Entwurf für eine umfassende Neuordnung des Steuerrechts und der Sozialleistungen hervor.[5] Dieses Konzept enthielt neben einer einheitlichen Steuer, in die Einkommens-, Vermögens-, Körperschafts-, Schenkungs- und Erbschaftssteuer aufgehen sollte („Bürgersteuer“), auch bereits die Idee einer negativen Einkommenssteuer.

Die FAZ veröffentlichte am Montag nach der Bundestagswahl 2005 eine Stellungnahme des "Kronberger Kreises" mit dem Titel "Was jetzt Vorrang hat". Darin fordern die Mitglieder des Kreises eine Deregulierung des Arbeitsmarktes, eine Angleichung des Arbeitslosengeldes II an die Sozialhilfe und eine stärkere private Vorsorge bei Rente, Pflege und Krankenversicherung.

Der "Kronberger Kreis" sieht in der Einkommensungleichheit und der Altersarmut kein Problem:

"*Die Einschätzung, Deutschland leide unter dem Problem erheblicher sozialer Schieflagen, steht empirisch auf wackeligen Beinen (siehe Anhang). Hinsichtlich der Einkommensungleichheit liegt Deutschland im Mittelfeld der OECD-Länder. Die Einkommensungleichheit hat seit der Reformpolitik der Regierung Schröder abgenommen. Die Mittelschicht behauptet sich entgegen anders lautender Berichte: Der Anteil der mittleren Einkommen an den Gesamteinkommen bleibt über die Zeit relativ stabil. Die deutsche Wirtschaft und der deutsche Arbeitsmarkt stehen relativ gut da, so dass die Armutsrisiken gesunken sind*".
(Lars P. Feld, Clemens Fuest, Justus Haucap, Volker Wieland, Berthold U. Wigger: Renaissance der Angebotspolitik, Hrsg. Stiftung Marktwirtschaft, Berlin 2013, S. 6)

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat dagegen in seiner Studie aus dem Jahr 2014 in Deutschland eine vielfach unterschätzte ungleiche Vermögensverteilung festgestellt, die sich auch auf die Einkommenserzielungsmöglichkeiten auswirkt.[6] Nach der DIW-Studie weist Deutschland in der Eurozone die höchste Vernögensungleichheit aus. Die oberen Einkommensbezieher hätten zwischen 2002 und 2012 ihren Vermögensabstand sogar weiter ausbauen können. Sie vermuten außerdem, dass es in den vergangenen zehn Jahren zu einem Anstieg der Vermögensungleichheit gekommen ist, da die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen im Vergleich zu den Arbeitnehmerentgelten überdurchschnittlich gestiegen seien. Vor dem Hintergrund der wachsenden Bedeutung der privaten Absicherung für die Altersvorsorge sei die signifikante Zunahme der Zahl von Personen mit negativem Nettovermögen außerdem als problematisch anzusehen.

Kommission Steuergesetzbuch

Die „Kommission Steuergesetzbuch“ beschäftigte sich mit der Erarbeitung eines Konzepts zur Neuordnung der Ertragssteuern und der Kommunalfinanzen. 2006 wurde das „Steuerpolitische Programm“ als Zwischenbilanz veröffentlicht; 2013 wurde die Endfassung der Öffentlichkeit vorgestellt.[7]

Die Kommission hat einen Einfluss auf die Steuergesetzgebung, der weit über die im Gesetzgebungsverfahren vorgesehene Anhörung in Ausschüssen hinausgeht. Ihr wird die Möglichkeit eröffnet, ihre Vorstellungen bereits in der Frühphase von Gesetzesänderungen mit parlamentarischen Entscheidungsträgern zu erörtern. So wird in „Blickpunkt Marktwirtschaft“ 3/2006 berichtet:[8]

> „Ende August kam in Berlin die Kommission 'Steuergesetzbuch' zu einer Plenumssitzung in Räumlichkeiten des Bundestages zusammen. Auf der Tagesordnung standen Beratungen zur weiteren Ausführung des 'Steuerpolitischen Programms' der Kommission sowie einer ausführliche Erörterung der absehbaren Pläne der Bundesregierung zur Unternehmenssteuerreform. Die Analysen aus dem Expertengremium der Kommission waren insbesondere für diejenigen Kommissionsmitglieder aufschlussreich, die zugleich in der

> Arbeitsgruppe der Koalitionsparteien zur Unternehmenssteuerreform mitwirkten oder an anderer Stelle eingebunden waren. Erste bekannte Details wie auch der Gesamtansatz der 'Eckpunkte für eine Unternehmenssteuerreform wurden ausführlich diskutiert und bewertet. Im Anschluss an die fachlichen Beratungen trat die Kommission im Kanzleramt mit Kanzleramtsminister Thomas de Maizière zusammen“.

Mit der Benennung von Experten, einer Lenkungsgruppe und eines Politischen Beirats gebärdet sich die „Kommission Steuergesetzbuch“ im Hinblick auf die Steuergesetzgebung wie eine Art wissenschaftliche Nebenregierung, die eigentlich über mehr Sachverstand verfügt als die Gremien von Regierung und Parlament. Ihre sachverständigen Vorschläge sind jedoch in erster Linie darauf gerichtet, die Interessen ihrer Klientel (Unternehmen und Wirtschaftseliten) zu bedienen. Andere gesellschaftliche Gruppen (Arbeitnehmer, Rentner, Verbraucher, Arbeitslose, Umweltschützer usw.), die bei parlamentarischen Anhörungen ihre Vorstellungen vortragen könnten, sind in der „Kommission Steuergesetzbuch“ und ihrer Mutterorganisation „Stiftung Marktwirtschaft“ nicht präsent. Je mehr Einfluss der „Kommission Steuergesetzbuch“ bei der Ausformulierung von Gesetzesentwürfen eingeräumt wird, desto größer ist die Gefahr, dass Gesetzesinitiativen von den zuständigen Instanzen (Regierung, Parteien,Gruppen von Abgeordneten) auf ein der demokratischen Kontrolle entzogenes Netzwerk verlagert werden. LobbyControl hat deshalb im Jahre 2007 anlässlich der Anhörung zur Unternehmenssteuerreform von dem damaligen Finanzminister Steinbbrück Aufklärung über die Rolle der Stiftung Marktwirtschaft und der Bertelsmann Stiftung bei der Ausarbeitung des Gesetzentwurfes gefordert.[9]

Die Bildung der "Kommission Steuergesetzbuch" erinnert an die Vorschläge des neoliberalen Vordenkers Friedrich August von Hayek, einen "Rat der Weisen" einzurichten, dem "reife" Männer und Frauen im Alter zwischen 45 und 60 Jahren angehören sollten, die sich im gesellschaftlichen Leben bewährt haben[10] (vgl. Friedrich August von Hayek Stiftung). Anstatt solche wichtigen Entscheidungen wie die Steuergesetzgebung etc. dem Parlament zu überlassen, das von Massenmeinungen, wetterwendischen Wähler(innen) und organisierten Sonderinteressen abhängig sei, fordert er, den "Rat der Weisen" mit gesetzgeberischen Kompetenzen auszustatten.[11] Prof. Möschel, Mitglied im "Kronberger Kreis", ist Vorsitzender des Stiftungsrats der Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft.

Organisationsstruktur und Personal

Vorstand

- Michael Eilfort, ehem. Referatsleiter im Staatsministerium der Landesregierung von Baden-Württemberg und von 2000 - 2004 Büroleiter des damaligen Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Friedrich Merz.[12]
- Bernd Raffelhüschen, Professor für Finanzwissenschaften an der Universität Freiburg, Direktor des Forschungszentrum Generationenverträge, Aufsichtsratsmitglied der ERGO Versicherungsgruppe, Referent bei zahlreichen Veranstaltungen der Versicherungswirtschaft, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Wirtschaftsrat der CDU und der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG) sowie Botschafter der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, erhielt Forschungspreise von Philip Morris und dem Bund der Steuerzahler

Kuratorium

Auf der Website der Stiftung wird nur der Kuratoriumsvorsitzende (Nikolaus Schweickart) genannt. Die weiteren Mitglieder werden für das Jahr 2007 in der Festschrift von Weiss (S. 42) erwähnt. Die dort genannten Personen scheinen mehrheitlich weiterhin dem Kuratorium anzugehören.

Danach setzt sich das Kuratorium wie folgt zusammen:

- Nikolaus Schweickart, Geschäftsführer der Altana Kulturstiftung gGmbH, Ehrenmitglied des Wirtschaftsrates der CDU, Botschafter der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, Aufsichts- und Beiratsmitglied mehrerer Unternehmen, ehemaliger Vorstandsvorsitzender der Altana AG und ehemaliger Vorsitzender der Herbert Quandt-Stiftung
- Joachim Krahnen, Gründungsvorstand der Stiftung, emeritierter Honorarprofessor, Mitbegründer der Baumarktkette OBI (geb. 1917 und deshalb vermutlich aus dem Kuratorium ausgeschieden)
- Harald Christ, SPD, Ex-Unternehmer, Vorstandsvorsitzender der Postbank Finanzberatung AG, 2009 – Bundeswirtschaftsminister im Schattenkabinett Steinmeiers
- Dieter Feddersen, Rechtsanwälte Feddersen, Heuer & Partner, Vorstandsmitglied der Dräger-Stiftung (diese organisiert gemeinsam mit der Stiftung Marktwirtschaft Veranstaltungen), Peter Dornier Stiftung, Kronberg Acadamy Stiftung, Vorstandsmitglied und Trustee des American Institute for Contemporary German Studies, Aufsichtsratsvorsitzender der Lindauer Dornier GmbH[13]
- Karl-Eberhard Hunke, Geschäftsführer der Pinstripe Mangement GmbH, Präsident des Verwaltungsrats der General Equity Group, St. Gallen, ehemaliges Mitglied Landesverband Hamburg des Wirtschaftsrat der CDU
- Peter Jungen, CDU, Unternehmer, Präsident der europäischen Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der EVP, Gründungspräsident des European Enterprise Institute (EEI)[14], Mitglied des Vorstands des Institut für Unternehmerische Freiheit, Mitglied Frankfurter Zukunftsrat und Mont Pelerin Society
- Wolfgang Kirsch ist inzwischen Mitglied des Stiftungsrats geworden
- Hans Joachim Langmann, ehemaliger Vorsitzender des Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI)
- Rolf Nonnenmacher, bis 1. Oktober 2011 Vorstandsvorsitzender der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG Deutschland, seitdem KPMG Chairman der EMA-Region (Europa, Naher Osten, Afrika sowie Südasien); seine Funktion als Joint Chairman der KPMG Europe LLP setzt er fort
- Dirk Notheis, bis Juli 2012 Vorstandsvorsitzender der Morgan Stanley Bank AG, Beisitzer im Landesvorstand der CDU Baden-Württemberg, hat im Dezember 2010 mit dem damaligen Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg Stefan Mappus den Verkauf der Aktienanteile der Electricité de France an die Energie Baden-Württemberg (EnBw) vorbereitet. Nach der Einleitung eines Verfahrens gegen Mappus wegen Untreue und gegen Notheis wegen Beihilfe trat Notheis als Vorstandsvorsitzender zurück
- Martin Peltzer, Mitbegründer der Societät Hasche Sigle Eschenlohr Peltzer, Mitglied bei Liberales Netzwerk
- Lutz Peters, Geschäftsführer der Schwartauer Werk GmbH & Co. KG, Mitglied des Kuratoriums von Liberales Netzwerk
- Joachim Seeler, SPD, Mitglied des Vorstands der LLoyd Fonds AG, war bis August 2011 Geschäftsführer und Gesellschafter der Hamburg Trust Grundvermögen und Anlage GmbH, Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung
- Axel Weber, Bankenlobbyist, ehemaliger Präsident der Deutsche Bundesbank, Präsident des Verwaltungsrats der Schweizer Großbank UBS[15] und Vorstandsmitglied der Schweizer Bankenlobby-Organisation Swiss Finance Council (SFC) sowie Mitglied des European Financial Services Round Table und der Group of Thirty

Stiftungsrat

- Theo Siegert (Vorsitzender)
  - Geschäftsführender Gesellschafter der Firma de Haen-Carstanjen & Söhne
  - Mitglied des Aufsichtsrats der folgenden Unternehmen: Merck KGaA, Henkel AG & Co. KGaA, Deutsche Bank, E.ON
- Rainer Hildmann (stellv. Vorsitzender)
  - war in der Führungsspitze des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall tätig[16]
  - war Mitglied des Vorstands des Institut der deutschen Wirtschaft für die informedia-Stiftung[17]
- Ulrich Weiss (stellv. Vorsitzender)
  - ehem. Mitglied des Vorstands der Deutsche Bank und ehemaliges Mitglied einer Vielzahl von Aufsichtsräten (u.a. Continental, Orenstein & Koppel, Südzucker)[18][19]
- Thomas Deininger
  - Geschäftsführer der Deininger Consulting[20]
  - Großspender der CDU (seit 2000 über 100.000 Euro)[21]
- Dirk Ippen
  - Zeitungsverleger ("Münchner Merkur", "tz" u.a.)
  - Mitglied des Kuratoriums der Stiftung Liberales Netzwerk
  - Mitglied des Kuratoriums der Ludwig-Maximilians-Universität München
  - Mitglied des Aktionsrat Marktwirtschaft und Mitglied des Kuratoriums der Gesellschaft zur Förderung der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung (Freunde des ifo Instituts) e.V.
- Wolfgang Kirsch
  - Vorstandsvorsitzender der DZ BANK
  - Mitglied Trilaterale Kommission und Frankfurter Zukunftsrat
- Klaus Nimtz
  - ehemaliges Mitglied des Vorstands des Institut der deutschen Wirtschaft[22]
  - Vorstandsmitglied der informedia-Stiftung
- Rosely Schweizer
  - Tochter von Rudolf-August Oetker, ehemaliges Beiratsvorsitzende der Oetker-Gruppe, ehemalige persönlich haftende Gesellschafterin und Beiratsvorsitzende von Henkell & Söhnlein
  - zeitweise Landesvorsitzende der baden-württembergischen CDU,
  - zeitweise im Bundesvorstand des Wirtschaftsrat der CDU, jetzt Ehrenmitglied[23]

(Stand: September 2015) Quelle: [24]

Kronberger Kreis

Nach § 16 der Satzung der Stiftung Marktwirtschaft werden die Mitglieder des Kronberger Kreises mit Zustimmung des Stiftungsrates gewählt, um sicherzustellen, „dass die Mitglieder zumindest in ihrem Grundverständnis über ein liberales Wirtschafts- und Gesellschaftsprogramm übereinstimmen“.[25])

Mitglieder sind die folgenden Professoren aus den Wirtschafts-, Finanz- und Rechtswissenschaften die mehrheitlich Beziehungen zur Wirtschaftslobby (Wirtschaftsrat der CDU) und/oder neoliberalen Netzwerken (Walter Eucken Institut, ECONWATCH, Ludwig-Erhard-Stiftung) haben:

- Lars P. Feld, der Sprecher des Kronberger Kreises, ist Leiter des Walter Eucken Institut, Professor für Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg und ständiger Gastprofessor am Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung, des Kuratoriums von ECONWATCH (Hayek-Kreis für Politikberatung) , des Wissenschaftlichen Beirats des Wirtschaftsrat der CDU, des Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) und des Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen

- Clemens Fuest, Mitglied der Lenkungsgruppe der Kommission "Steuergesetzbuch", ist Präsident des Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Bundesministeriums der Finanzen, des Wissenschaftlichen Beirats von Ernst & Young und des Wissenschaftlichen Beirats des Wirtschaftsrat der CDU

- Justus Haucap, Direktor des Institut für Wettbewerbsökonomie (DICE), Präsident von ECONWATCH (Hayek-Kreis für Politikberatung), Mitglied des Kuratoriums von Prometheus - Das Freiheitsinstitut, Mitglied /Förderer der Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen (bringt Lobbyisten und Abgeordnete zusammen), Vorsitzender des Forschungsbeirats des Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (RWI), Mitglied im Regionalbeirat West der RWE

- Heike Schweitzer, Inhaberin des Lehrstuhls für Bürgerliches Recht, Wettbewerbs- und Regulierungsrecht an der FU Berlin, Direktorin des Mannheim Centre for Competition and Innovation (MaCCI), Mitglied des Walter Eucken Institut

- Volker Wieland, Inhaber der Stiftungsprofessur für Monetäre Ökonomie des Institute for Monetary and Financial Stabiity (IMFS) an der Goethe-Universität Frankfurt und Geschäftsführender Direktor des IMFS, eines von der Stiftung Geld und Währung geförderten Instituts. Weiterhin ist er Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen

- Berthold U. Wigger, Inhaber des Lehrstuhls für Finanzwissenschaft und Public Management am Karlsruher Institut für Technologie (KIT), Forschungsprofessor am Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), Research Fellow am CESifo München, Mitglied des Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen, Visiting Scholar des Internationalen Währungsfonds (IWF), Mitwirkender bei "Wirtschaftspolitik verstehen", einem gemeinsamen Videoformat von ECONWATCH und Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)[26]

Kommission „Steuergesetzbuch“

Lenkungsgruppe

Die Lenkungsgruppe besteht im Wesentlichen aus Finanzwissenschaftlern mit Verbindungen zu den großen Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaften wie PricewaterhouseCoopers, Ernst & Young und Flick Gocke Schaumburg, bei denen Großunternehmen und Spitzenverdiener als Mandanten eine wichtige Rolle spielen.

Vorsitzender der Lenkungsgruppe:

- Joachim **Lang**, Of-Counsel bei der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG, emeritierter Professor für Steuerrecht der Universität Köln, bis 2006 Direktor des Instituts für Steuerrecht der Universität Köln. Er war für den Titel „Reformer des Jahres 2003“ nominiert, der von der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und der „Frankfurter Sonntagszeitung“ verliehen wird.[27]

Weitere Mitglieder sind:

- **Clemens Fuest**, Mitglied des "Kronberger Kreises", Präsident des Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), Direktor des Finanzwissenschaftliches Forschungsinstitut an der Universität Köln, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Bundesministeriums der Finanzen, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats von Ernst & Young
- Norbert **Herzig**, ehemaliger Direktor des Seminars für Betriebswirtschaftslehre und Betriebswirtschaftliche Steuerlehre an der Universität Köln, Mitglied des Aufsichtsrats der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers, Of-Counsel bei der Kanzlei Flick Gocke Schaumburg
- **Johanna Hey**, Direktorin des Instituts für Steuerrecht der Universität Köln, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen, Mitglied des Zentralen Beirats der Commerzbank, Gründungsmitglied der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, Direktorin des Institut Finanzen und Steuern, Beraterin des Wirtschaftsrat der CDU und Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats von Ernst & Young
- Jörg Manfred **Mössner**, bis 2007 Direktor des Instituts für Finanz- und Steuerrecht der Universität Osnabrück, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats und Of Counsel bei PricewaterhouseCoopers[28]
- **Bernd Raffelhüschen**, Professor für Finanzwissenschaften an der Universität Freiburg, Mitglied des Aufsichtsrats der ERGO Versicherungsgruppe, Referent bei zahlreichen Veranstaltungen der Versicherungswirtschaft, Berater des Wirtschaftsrat der CDU und Botschafter der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft
- Thomas **Rödder**, Steuerberater und Wirtschaftsprüfer, Partner bei der Kanzlei Flick Gocke Schaumburg, ist Mitglied des Aufsichtsrats der B. Braun Melsungen AG
- Roman **Seer** ist Inhaber des Lehrstuhls für Steuerrecht an der Ruhr-Universität Bochum, Vorstandsvorsitzender der Berliner Steuergespräche e.V. und Mitglied des Kuratoriums des Max-Planck-Institut für Steuerrecht und Öffentliche Finanzen
- Franz **Wassermeyer**, bis 2005 Vorsitzender Richter am Bundesfinanzhof, danach Partner bei der Kanzlei Flick Gocke Schaumburg und Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats von Ernst & Young

Politischer Beirat

Mitglieder des Beirats sind die Lobbyisten Merz, Solms und Fahrenschon sowie Ingo Deubel.

- Friedrich Merz, Partner bei der Societät Mayer Brown Rowe & Maw LLP, ehemaliger Vorsitzender der CDU /CSU-Bundestagsfraktion, gilt als Großmeister des Lobbyismus. Er ist in einer Vielzahl von Aufsichtsräten vertreten und Mitglied einer Reihe von Netzwerken der Wirtschaftseliten; u. a. ist er Gründungsmitglied des Fördervereins der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Im März 2006 legte er mit acht weiteren Abgeordneten des Deutschen Bundestags beim Bundesverfassungsgericht Klage gegen die Offenlegung ihrer Nebeneinkünfte ein. Am 4. Juli 2007 wies das Bundesverfassungsgericht die Klage mit der Begründung zurück, dass das politische Mandat im Mittelpunkt der Tätigkeit stehen müsse und kritisierte die Gefahr der Befangenheit durch Zahlungen von Unternehmen.[29]

- Hermann Otto Solms, Finanzexperte der FDP, ist Kuratoriumsmitglied der Friedrich-Naumann-Stiftung, Mitglied des Expertenrates von CNC Communications & Network Consulting , Mitglied des Beirats von Thelen Consult und Mitglied des Parlamentarischen Beirats des Bundesverbandes der Dienstleistungswirtschaft (BDWi). In der Steuerpolitik hatte er 2008 für die FDP ein Drei-Stufen-Modell mit einer Steuertariftreppe von 10, 25 und 35 Prozent entwickelt, das später in der Versenkung verschwand.
- Georg Fahrenschon, Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV), ist ehemaliger Bayerischer Staatsminister der Finanzen und CSU-Poitiker, Mitglied der Gremien mehrerer Unternehmen und Verbände der Finanzwirtschaft, Mitglied des Verwaltungsrats der BaFin und Mitglied der Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen.
- **Ingo Deubel**, SPD, Geschäftsführer der Deubel Government Consulting GmbH, ist Lehrbeauftragter für Finanzwissenschaft und Öffentliche Verwaltung an der Universität Münster, ehemaliger Finanzminister des Landes Rheinland-Pfalz und ehemaliger Aufsichtsratsvorsitzender der landeseigenen Nürburgring GmbH. Deubel ist am 7. Juli 2009 als Finanzminister zurückgetreten, nachdem er für die bei der Privatfinanzierung des Freizeitpark-Projekts am Nürburgring entstandenen Verluste in Höhe von mehr als 300 Millionen Euro verantwortlich gemacht worden war.[30] Im Zusammenhang mit der Nürburgring-Affäre hat das Landgericht Koblenz Deubel im April 2014 wegen "besonders schwerer Untreue" zu dreieinhalb Jahren Haft verurteilt.[31]

Beziehungen zum Institut Finanzen und Steuern

Mitglieder und Experten der "Kommission Steuergesetzbuch" sind regelmäßig als Gutachter und Mitglieder von Arbeitsgruppen des Institut Finanzen und Steuern tätig, einem von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden gesteuerten Verein, der steuerliche Gesetzesinitiativen aus der Sicht der Wirtschaft erarbeitet. Direktorin der Instituts ist Johanna Hey, Mitglied der Lenkungsgruppe der Kommission "Steuergesetzbuch".

Finanzen

Nach eigenen Angaben finanziert sich die Stiftung durch Stiftungskapital, Publikationen sowie private Unterstützung. Die letzten konkreten Angaben über die Höhe der Ausgaben stammen aus der zitierten Festschrift von Weiss aus dem Jahre 2007. Danach lag das Budget bei ca. 1 Mio. Euro. Als Finanzierungsquellen werden dort neben Mitgliedsbeiträgen und Spenden auch projektbezogene Zuwendungen anderer Stiftungen erwähnt (S. 49). Die Finanzierung bleibt intransparent, weil weder der genaue Anteil der Wirtschaft an den Spenden noch die einzelnen Spender – Wirtschaft, Privatpersonen, Stiftungen - genannt werden.[32] Bei der Finanzierung spielt die informedia-Stiftung eine wichtige Rolle. Sie finanziert nicht nur Studien und Veranstaltungen, sondern hat auch den "Wolfram-Engels-Preis", der von der Stiftung Marktwirtschaft verliehen wird, gestiftet.

Kurzdarstellung und Geschichte

Die Geschichte der Stiftung beginnt Ende 1981 mit der Konstituierung der beiden Vorläuferorganisationen, dem „Kronberger Kreis“ und dem Verein „Frankfurter Institut für wirtschaftspolitische Forschung“. Der „Kronberger Kreis“ geht auf eine Initiative des Unternehmers Ludwig Eckes und des Hochschullehrers Wolfram Engels zurück.[33] Der als „politisierender Schnapsfabrikant“ bezeichnete Eckes war in die CDU-Spendenaffäre der Kohl-Ära verwickelt: Über die Spendenwaschanlage „Staatsbürgerliche Vereinigung“

zahlte er 1972 rund eine Million DM an die CDU.[34] Das CDU-Mitglied Wolfram Engels war Professor für Bankbetriebslehre und Herausgeber der „Wirtschaftswoche“. Die Professoren tagten erstmals in Kronberg (daher der Name „Kronberger Kreis“). Etwa gleichzeitig wurde in Frankfurt der Verein „Frankfurter Institut für wirtschaftspolitische Forschung“ gegründet, der es sich – wie der „Kronberger Kreis“ - zum Ziel gesetzt hatte, „für mehr Eigenverantwortung, mehr Wettbewerb und weniger Staatsintervention“ zu sorgen, um dem „Klima der Verneinung, der Diffamierung des Begriffs Elite und der Gleichmacherei“ in der Zeit der sozial-liberalen Koalition entgegenzuwirken (Festschrift Weiss, S. 7,11). Die „konservative Revolution“, ausgelöst durch die Wahl von Reagan und Thatcher, sollte nach Deutschland getragen werden.[35] 1983 wurde der Öffentlichkeit das „Frankfurter Institut für wirtschaftspolitische Forschung e.V.“ nun mit dem „Kronberger Kreis“ als Wissenschaftlichem Beirat des Instituts vorgestellt.[36] Das „Frankfurter Institut für wirtschaftspolitische Forschung e.V.“ wurde 1994 in die Stiftung „Frankfurter Institut – Stiftung Marktwirtschaft und Politik“ mit Sitz in Berlin umgewandelt.[37]

Weiterführende Informationen

- Webseite der Stiftung Marktwirtschaft

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Einzelnachweise

1. ↑ LobbyControl: LobbyPlanet Berlin. 1. Aufl. 2008, S. 134.
2. ↑ Festschrift Weiss, S. 25 ff.
3. ↑ Stiftung marktwirtschaft - Publikationen, abgerufen am 06.08.2015
4. ↑ Themen - Generationenbilanz, abgerufen am 06.08.2015
5. ↑ Speth, S. 42
6. ↑ Markus M. Grabka und Christian Westermeier: Anhaltend hohe Vermögensungleichheit in Deutschland, DIW Wochenbericht Nr. 9.2014, Webseite DIW, abgerufen am 1. 3. 2014
7. ↑ Presseinformation vom 29. August 2013, Webseite Stiftung Marktwirtschaft, abgerufen am 17. 2. 2014
8. ↑ Blickpunkt 3/2006, Website Stiftung Marktwirtschaft, abgerufen am 31.5.2011
9. ↑ Ulrich Müller am 25. April 2007: Denkfabriken und Unternehmenssteuer – Steinbrück soll aufklären
10. ↑ Friedrich A. von Hayek, Drei Vorlesungen über Demokratie, Gerechtigkeit und Sozialismus, Tübingen 1997, zitiert nach Bettina Lösch: Die neoliberale Hegemonie als Gefahr für die Demokratie, in: Christof Butterwege u.a.: Kritik des Neoliberalismus, 2. Aufl., Wiesbaden 2008, S. 234
11. ↑ Bettina Lösch, S. 234
12. ↑ Rudolph Speth: Die zweite Welle der Wirtschaftskampagnen, Arbeitspapier 127 der Hans Böckler Stiftung, Düsseldorf 2007, S. 43, Website H B Stiftung, abgerufen am 25.5.2011
13. ↑ Biografie Webseite Feddersen Heuer & Partner, abgerufen am 29. 5. 2014

14. ↑ Peter Jungen ist neuer Präsident der euopäischen Mittelstands - und Wirtschaftsvereinigung der EVP , Website cdu-flensburg, abgerufen am 4. Oktober 2011
15. ↑ Biografie Webseite UBS, Webseite abgerufen am 2. 12. 2013
16. ↑ Speth, S. 43
17. ↑ Gremien, Website des Instituts der deutschen Wirtschaft, abgerufen am 04.06.2011
18. ↑ Speth, S.43
19. ↑ Ulrich Weiss Executive Profile Website Businessweek, abgerufen am 30. 5. 2014
20. ↑ Webseite Deininger, abgerufen am 31. 5. 2014
21. ↑ parteispenden, Website parteispenden unklarheiten, abgerufen am 05.06.2011
22. ↑ Gremien, Website des Instituts der deutschen Wirtschaft, abgerufen am 4.6.2011
23. ↑ Wirtschaftsrat Ehrenmitglieder, Website Wirtschaftsrat, abgerufen am 31.05.2014
24. ↑ Webseite Stiftung Marktwirtschaft - Stiftungsrat abgerufen am 01.09.2015
25. ↑ Festschrift Weiss, S. 2
26. ↑ Videos, Webseite ECONWATCH, abgerufen am 1. 6. 2014
27. ↑ joachim lang], Website FAZ, abgerufen am 29.5.2011
28. ↑ PwC Blog steuern und recht 25, Webseite steuern + recht, abgerufen am 31. 05. 2014
29. ↑ Nebeneinkünfte-Urteil, Focus vom 14. Juli 2007, Website Focus, abgerufen am 31.5.2011
30. ↑ Stern vom 12. Februar 2011, Website Stern, abgerufen am 31.5.2011
31. ↑ Ex-Finanzminister Deubel zu Haftstrafe verurteilt, Süddeutsche Zeitung online vom 16. April 2014, Webseite abgerufen am 19. 4. 2014
32. ↑ Lobbyplanet Berlin, 1. Aufl., S. 137
33. ↑ Festschrift Ulrich Weiss: Mehr Mut zu Freiheit und Markt 25 Jahre Stiftung Marktwirtschaft und Kronberger Kreis, Website Stiftung Marktwirtschaft, abgerufen am 25.5.2011
34. ↑ Affären, Spiegel 12/1986, S. 21 f., Website Spiegel, abgerufen am 25-5-2011
35. ↑ Lobbyplanet, S.134
36. ↑ Festschrift Weiss, S. 19
37. ↑ Festschrift Weiss,S. 35 f.